

Freie Berufe 5.0 "Wir wissen, wie's geht!"

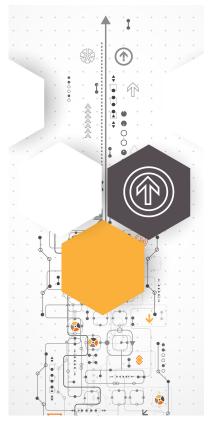


#Freie Berufe 5.0: "Wir wissen, wie's geht!" Kompetenz, Begeisterung sowie Innovationen versus Aushöhlung und Eingriffe in freiberufliche Grundwerte

BUKO-Präsident Dr. Daniel Alge präzisiert die künftigen Rahmenbedingungen.



Dr. Daniel AlgePräsident der Bundeskonferenz
der Freien Berufe Österreichs und der
Österreichischen Patentanwaltskammer



Als Freie Berufe sind wir Dienstleisterinnen und Dienstleister für alle besonders wichtigen finanziellen, rechtlichen und zu planenden Bereiche ("Leib und Leben" und "Haus und Hof"). Wir sind vor allem auch für die Gesundheit und das Wohlbefinden ("Mensch und Tier") all jener da, die unsere Leistungen in Anspruch nehmen.

Wir kümmern uns gemeinsam mitunseren Mitarbeiterteams begeistert, bestens ausgebildet, nicht vorrangig gewinnorientiert, dazu unbeeinflusst von Interessen Dritter oder dem Staat mit einem bestmöglichen Service und Zeitmanagement kompetent, verschwiegen und innovativ als tragende Säule der Wirtschaft um die wirklich wichtigen Dinge der Zivilgesellschaft.



Genau die Unterwanderung und Schwächung dieser Kompetenzen und Grundwerte stehen vermehrt im Fokus der Gesetzgebung auf nationaler und immer stärker auf EU-Ebene. Noch gilt in Österreich zB die absolute Verpflichtung zur Verschwiegenheit bei den Rechtsberufen sowie den Steuerberater:innen und Wirtschaftsprüfer:innen, obgleich man bereits Vorschläge prä-

sentiert hat, bei denen man ein derartiges Aussageverweigerungsrecht ausdünnen oder auch völlig streichen wollte. Zum Glück waren das bislang vergebliche Versuche. Seitens der EU setzt man aber gerade die Vermeidung von Steuerbetrug als Generalverdacht gegen sämtliche Unternehmenden wesentlich höher als die Verschwiegenheitsrechte für deren freiberuflichen Beraterinnen und Berater an. Auch bei den Entschlagungsrechten und somit dem Grundrecht auf Schutz der Interessen der Mandantschaft wird nicht nur an der Oberfläche gekratzt.





Die Ausübung eines Freien Berufes hat auch viel mit Berufung zu tun. Wir arbeiten nicht vorrangig für uns selbst, sondern wir kümmern uns vor allem um die Anliegen derjenigen, die auf unseren Rat in zentralen Dingen angewiesen sind. Damit üben wir auch einen positiven Einfluss auf andere und die Gesellschaft aus. Antriebsfedern sind neben dem prinzipiellen persönlichen Antrieb zur Selbstverantwortung - hohe ethische Werte, die eigenen Fähigkeiten und große Leidenschaft für unseren Berufe - also unsere Berufung!

Unsere Freien Berufe haben zwar hohe Eintrittsbarrieren mit langen Ausbildungszeiten, Zulassungsprüfungen sowie Weiterbildungsverpflichtungen, aber das dient nur der erforderlichen Qualitätssicherung für unsere Arbeit in komplexen und oft schwierig zu analysierenden Bereichen und Fragestellungen – und damit zum Schutz der Menschen, deren Anliegen wir bestmöglich lösen wollen. Denn wir arbeiten direkt an und mit Menschen oder Tieren und sorgen uns ganz speziell um die persönlichen oder materiellen Bedürfnisse. Gerade diese Intention ist ausschlaggebend.

Der Großteil der Freiberufler arbeitet allein oder mit motiviertem und gut ausgebildetem Personal. Aber die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verschlechtern sich zusehends aufgrund der steigenden Bürokratie, der Kostensteigerungen bei Mieten und Energie, den fehlenden Fachkräften sowie den Herausforderungen der modernen Zeiten, insbesondere auch gegenüber vermeintlich einfachen digitalen Plattformen oder marktschreierischen alternativen Leistungsanbietern.

Besonders negativ wirken sich aber Deregulierungsmaßnahmen und Tendenzen zur Marktliberalisierung auf EU-Ebene aus, wie die Dienstleistungsrichtlinie oder die Anerkennung der Berufsqualifikationen. Derartige Entwicklungen bergen im Rahmen der freiberuflichen Tätigkeit die große Gefahr, dass das Niveau erforderlicher freiberuflicher Dienstleistungsqualität an weit niedrigere EU-Durchschnittsstandards oder oft auch nur an EU-Mindeststandards angepasst wird. Die Gefahr besteht hier aber weniger für die Freien Berufe selbst, sondern die Gefahr besteht hauptsächlich für



diejenigen, die sich – im Vertrauen auf die bislang gewohnten Standards – auf die Qualität und Vertrauenswürdigkeit derartiger neuer Dienstleister verlassen.

Eine tatsächlich für die Freien Berufe bestehende Bedrohung ist die Tendenz zur Konzernisierung der freiberuflichen Leistungen. Großunternehmer oder vor allem Finanzinvestoren übernehmen gegenwärtig ganze Bereiche oder drängen sich mittels Beteiligungen in Praxen oder Kanzleien.

Der Gesundheitsbereich ist hier besonders betroffen. Das sieht man am Beispiel des VAMED-Verkaufes an den französischen Investmentfonds PAI Partners, welcher den Wert seiner Investments u.a. mit massivem Abbau von Qualitätsstandards und Arbeitsplätzen in die Höhe treibt, um dann die Anteile wieder mit Gewinn abzustoßen.

Auch bei der Errichtung und dem Betrieb von Primärversorgungseinheiten und Ambulatorien machen privatwirtschaftliche Bestrebungen nicht Halt. Unter dem Deckmantel der Kosteneffizienz, unbürokratischerer Verwaltung, besseren Technologisierung und Digitalisierung wird nicht nur der ärztliche Kompetenzbereich ausgehöhlt, sondern mit der Standardisierung der Leistungen geht nicht nur die individuelle Betreuung und Qualität verloren, sondern vor allem die vorrangige ärztliche Pflicht und Verantwortung, das Wohl des Patienten – und nicht das des Investors – in den Vordergrund zu stellen.

Wettbewerbsökonomen dozieren über die Vorteile des höheren Wettbewerbs zugunsten billigerer Preise und mehr Innovation. Gerade auf dem Gebiet der Patentanwaltschaft hat sich das bereits in mehreren Ländern leider als falsch erwiesen.

Gerade das Land in Europa mit der größten Marktliberalität hat die mit Abstand höchsten Preise für Dienstleistungen im Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes: Nirgendwo sonst in Europa ist es teurer, seine Erfindungen zu verwerten und gegen allfällige Patentverletzer durchzusetzen als in England! Auch Skandinavien war in den letzten 40 Jahren eine Art Versuchslabor für die Marktliberalisierung im Bereich des Patent-, Marken- und Designschutzes, was dazu führte, dass aus den hunderten Patentanwaltskanzleien, die in Skandinavien in den 1980er Jahren noch praktizierten, nunmehr drei große Firmen übriggeblieben sind.

Die Vorstellung universitärer Wirtschaftsökonomen, dass sich mit derartigen Liberalisierungen die freiberuflichen Dienstleistungen verbilligen, hat sich in all diesen realen Fällen nicht realisiert. Genau das Gegenteil war der Fall, denn für Finanzinvestoren ist die große Informations-Asymmetrie, die bei freiberuflichen Dienstleistungen zwischen Dienstleistungsgeber und Dienstleistungsempfänger existiert, ein vielversprechendes Asset.

duelle Erfinder die notwendigen Patentierungsdienstleistungen aufgrund der überhöhten Preise dort nicht mehr leisten können. In diesen realen Fällen zeigte sich jedenfalls, dass die Prognose der Wirtschaftsökonomen falsch war und diese Liberalisierung nicht zu einem höheren Wettbewerb, sondern zu einer Konzentration oder gar Monopolisierung geführt hat, womit jedenfalls immer höhere Preise verursacht wurden!



Die bemerkenswerteste Entwicklung aber gab es in Australien, wo die Lockerung der Eigentümerstrukturen in Patentanwaltskanzleien dazu geführt hat, dass alle großen maßgeblichen Patentanwaltskanzleien mittlerweile einer der nur zwei – börsennotierten – Firmen (IPH Limited als auch QANTM Intellectual Property Limited) gehören, die natürlich nicht mehr vorrangig von der freiberuflichen Berufsethik geleitet sind, sondern von den Vorgaben des Finanzmarktes.

Es verwundert daher nicht, dass es in keinem dieser Fälle von Fremdbeteiligungen an einem freiberuflichen Unternehmen zu einer Verbilligung der Leistungen oder einem "gesunden Wettbewerb" kam!

Gerade die Beteiligung externer Investoren führte stets zu einer bedenklichen Marktkonzentration und zu einer überproportionalen Erhöhung der Kosten für Mandanten. Dies führte auch oft dazu, dass sich kleinere Unternehmen oder indivi-



Innovation spielt bei den Freien Berufen eine große Rolle und keiner unserer Berufsstände kommt ohne sie aus. Wir selbst entwickeln - wie andere unternehmerisch Tätige neue Ideen, Produkte und Dienstleistungen sowie Verfahren und sind gerade in der medizinischen oder (bau-)materialwirtschaftlichen Forschung international federführend.

Digitalisierung, Automatisierung sowie KI sind für uns zwar immer wertvoller werdende Instrumente und Hilfsmittel bei der täglichen Arbeit, die zu Verbesserungen unserer Dienstleistungen führen und in einigen Bereichen - zB zur Entlastung von medizinischem Personal von bürokratischen Bürden - noch viel zu wenig eingesetzt werden oder eingesetzt werden dürfen.

Wichtig dabei ist, dass diese Instrumente und Hilfsmittel nicht die grundsätzlichen Leistungen der Freien Berufe direkt für oder am Menschen oder Tier ersetzen. Gerade die Schlussfolgerung aus gesammelten Informationen für den

individuellen Rat, sei es bei rechtlichen, medizinischen oder wirtschaftlichen Angelegenheiten, ist nach wie vor noch der Bereich, in dem die Ausbildung, das Können und die Erfahrung der freiberuflich Tätigen jeder KI weit überlegen ist. Wir schaffen damit Mehrwert und bessere Lösungen! Und im Gegensatz zur KI halluzinieren wir nicht – jedenfalls nicht in Ausübung unseres Berufes.

Gerade aber bei den gerade erwähnten Schlussfolgerungen im Zuge der Kombination der gesammelten Daten und Informationen stellen derartige Halluzinationen von KI eine große Gefahr für Personen dar, die sich dann auf diese KI-Expertisen verlassen ("das klingt ja ganz vernünftig"). Auch da stehen wir als Freiberufler zur Verfügung und schaffen dadurch weiteren Mehrwert, indem wir derartige Halluzinationen – kraft unserer Kompetenz – entlarven können.

Natürlich verändert Innovation traditionelle Strukturen und gerade die KI oder jegliche Arbeit mit (persönlichen) Daten braucht angemessene Regelungen aufgrund ethischer Risiken, Sicherheitsbedenken und Haftungen.

Wogegen wir uns aber mit aller Kraft wehren, sind Gesetze und Verordnungen, die unsere Arbeit durch Bürokratie verkomplizieren und die uns und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgrund von überbordender Bürokratie, Aufzeichnungsund Berichtspflichten (zB im Zuge des Lieferkettengesetzes) von unseren eigentlichen, freiberuflichen Tätigkeiten und Servicierungen, nämlich der wichtigen Arbeit für unsere Dienstleistungsempfängerinnen und Dienstleistungsempfänger, abhält oder für diese ohne Grund oder Vorteil verteuert.



Als Freie Berufe sind wir eine tragende Säule der Wirtschaft und Gesellschaft. Wir sind in Summe gut ausgebildete 89.809 Unternehmer mit rund 185.000 fantastischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir sind "Nettozahler" und leisten einen beträchtlichen und nicht unwesentlichen Anteil am heimischen Steueraufkommen. Trotzdem erfahren wir systemische wirtschaftliche Diskriminierung und seitens der politischen Interessensvertreter bis dato eine zwiespältige Behandlung auch aufgrund unserer Systemrelevanz.

Wir unterliegen strengen Regulierungen, Zulassungsvoraussetzungen, Einschränkungen von Gewerbefreiheiten und haben teilweise seit Jahren mit festgesetzten Preisen oder Tarifen ohne inflationäre Abgeltung zu wirtschaften.

Die Tarifverhandlungen der Zahnärztekammer beim Amalgamersatz zeigen, wie wenig man uns entgegenkommen will oder mag. Auch die Parteienstellung der Ärzte- und Zahnärztekammer im Bedarfsprüfungsverfahren wurde gestrichen, was die Aufsicht der Kammern stark beschränkt und die Konzernisierung der Gesundheitslandschaft noch stärker forciert. Auch dürfen Ärzte keine anderen Ärzte anstellen.

Der direkte Zugang zu staatlichen Fördermitteln ist uns ebenso verwehrt wie beispielweise zu den Energiekostenzuschüssen, obwohl wir die gleich hohen Energie- und Betriebskosten haben bzw. auch so wirtschaften müssen, wie andere Gewerbetreibende auch.

Wir sprechen seit einigen Jahren über dieses "Vergessen" und Nichtanerkennung als gleichwertiger Partner der Wirtschaft trotz hoher Steuerleistung.

Bei den EU- und Nationalratswahlen haben wir gezielt die wahlwerbenden Gruppen hinsichtlich ihrer Programme und künftigen Maßnahmen für uns Freie Berufen allgemein und im speziellen für die einzelnen Berufsstände abgefragt und als eine der wichtigsten Forderung die Einbindung in eine Sozial-Wirtschaftspartnerschaft NEU urgiert. So wird sich in den kommenden Wochen und Monaten zeigen, wie viel von den versprochenen Zusagen auch tatsächlich bei uns Freien Berufen ankommen.



Wir haben mit unseren Kompetenzen direkten Einfluss auf die Qualität und das Wohlbefinden der Gesellschaft. Wir vermitteln (übersetzen) – klar verstehbar – teilweise komplexe Gesetze und Verordnungen und sorgen mit unserem Wissen und unseren Dienstleistungen wesentlich für deren Einhaltung. Durch unsere Hände gehen beglaubigte Unterlagen, rechtskonforme Schriften und Förderanträge, technische Unterlagen, Bewertungen, Pläne und Ausführungen. Ohne unsere medizinischen Berufe gäbe es keine Behandlung, Prävention, Rehabilitation und Medikation auf höchstem internationalen Niveau. Wir sind diejenigen, die täglich an vorderster Front und im Kontakt mit der Bevölkerung stehen und ihr bei den zentralen Dingen des Lebens beistehen.

In unseren Leistungsportfolios sind viele Maßnahmen und Tätigkeiten enthalten, wo wir der Legislative und der Exekutive zuarbeiten. Wir nehmen dem Staat selbst sowie den Verwaltungseinheiten viele bürokratischen Tätigkeiten und Aufgaben ab oder werden selbst zu Erstanlaufstellen und "Behörden".

Wenn da nicht der nachteilige und oft erwiesenermaßen nutzlose österreichische Goldstandard bei der Behördenbürokratie wäre, würden wir es einfacher haben. Kaum ein EU-Gesetz wird beim Gold Plating, also der Übererfüllung der gesetzlichen Vorgaben und Rahmenbedingungen der EU ausgelassen.

Mit dieser überbordenden Bürokratie und Überregulierung gibt es dann zB beim Datenschutz nicht nur mehr einfache Aufzeichnungsvorschriften, sondern es werden detaillier-

teste Ausführungen und vielfach auch zusätzliche Prüfpflichten vorgeschrieben. Öffentliche Aufträge werden mit strengeren Vorgaben im Vergaberecht unnötig verkompliziert und damit maßgeblich verzögert und verteuert.

Besonders im Steuerrecht kommt es durch Gold Plating zu höheren Steuerlasten, mehr Meldepflichten und zusätzlichem Verwaltungsaufwand. Ein Beispiel dafür ist die DAC6-EU-Richtlinie für grenzüberschreitende Steuergestaltungen als Mittel gegen die Steuervermeidung. In Österreich müssen hierfür zusätzliche Berichte innerhalb sehr kurzer Fristen erstellt werden bzw. jegliche Art von Steuergestaltung, selbst wenn kein Steuervermeidungszweck besteht, muss gemeldet werden. Zudem drohen hohe Strafen für verspätete oder fehlerhafte MelEine Bürokratie der Zukunft, sei es auf EU-Ebene, sei es auf nationaler Ebene oder sei es auf regionaler Ebene in den Ländern, Bezirken und Gemeinden, soll dem Bürger und der Wirtschaft dienen und sich nicht zum Selbstzweck ständig aufblähen.

Sie soll - nach Schweizer Vorbild schlank, bürgernah und effizient sein. Sie soll helfen, die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu erhöhen, nicht sie zu beeinträchtigen. Sie soll dort einschreiten, wo es wirklich wichtig und spürbar ist, und nicht Bürger und Unternehmen von vornherein unter Generalverdacht stellen. Gerade auch im Bereich der Bürokratie gilt es, durch klugen und durchdachten Einsatz von KI, diese KI zur Effizienzsteigerung und zum Vorteil für die Bürger und Unternehmen unseres wundervollen Landes zu nutzen.

